

Universitäts- und Hansestadt Greifswald

24.05.2018

**Niederschrift des öffentlichen Teiles der 27. Sitzung**

der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald vom Donnerstag, 24. Mai 2018

Beginn: 18:00 Uhr  
Ende: 22:32 Uhr  
Ort: Bürgerschaftssaal des Rathauses

**Anwesenheit**

Herr Ibrahim Al Najjar  
Frau Ulrike Berger  
Herr Dr. Ullrich Bittner  
Herr André Bleckmann  
Herr Ulf Burmeister  
Frau Rita Duschek  
Herr Rudi Duschek  
Herr Frank Embach  
Frau Yvonne Görs  
Herr Professor Dr. Frank Hardtke  
Frau Marion Heinrich  
Herr Axel Hochschild  
Herr Heiko Jaap  
Herr Wolfgang Jochens  
Herr Dr. Jörn Kasbohm  
Herr Dr. Andreas Kerath  
Herr Jörg König  
Herr Nikolaus Kramer  
Herr Alexander Krüger  
Herr Christian Kruse  
Herr Thomas Lange  
Herr Jürgen Liedtke  
Herr Egbert Liskow  
Frau Karola Lüptow  
Herr Peter Madjarov  
Herr Dr. Thomas Meyer  
Herr Peter Multhauf  
Herr Thomas Mundt  
Herr Christoph Oberst  
Herr Dr. Sascha Ott  
Herr Milos Rodatos  
Herr Dr. Ulrich Rose  
Frau Dr. Mignon Schwenke  
Frau Birgit Socher  
Herr Ludwig Spring  
Herr Dr. Rainer Steffens  
Herr Professor Dr. Thomas Treig  
Herr Erik von Malottki  
Frau Brigitte Witt  
Frau Dr. Monique Wölk  
Frau Katja Wolter  
Herr Ingo Ziola

## Entschuldigt

Herr Lutz Jesse

## Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 12.04.2018
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Beschlusskontrolle
6. Beratung der Beschlussvorlagen
  - 6.1. Annahme von Spenden für die Kindertagesstätten, Hort und die Verwaltung des Eigebetriebes  
*Dez. I, Eigenbetrieb Hanse-Kinder*
  - 6.2. Überplanmäßige Auszahlung  
*Dez. II, Amt 23*
  - 6.3. 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 65 - Grimmer Straße -;  
Änderungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss  
*Dez. II, Amt 60*
  - 6.4. Patenschaft für Korvette  
*CDU-Fraktion*
  - 6.5. Liste der sanierungsbedürftigen und an Sportvereine verpachteten Sportstätten nebst einer Zeitliste über die Dringlichkeit der jeweiligen Maßnahmen  
*CDU-Fraktion*
  - 6.6. Empfehlungen an die Verwaltung für eine barrierefreie Stadt 2018  
*Dr. Monique Wölk für den Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung*
  - 6.7. Empfehlungen an die Verwaltung für eine barrierefreie Stadt für die Umsetzung ab 2019  
*Dr. Monique Wölk für den Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung*
  - 6.8. Crowdfunding zur Finanzierung von Anlagen zur Energieerzeugung oder -speicherung  
*Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Forum 17.4*
  - 6.9. Strandbad Eldena  
*SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4, Fraktion DIE LINKE*
  - 6.10. Prüfauftrag Internet an Schulen  
*Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP*
  - 6.11. Prüfauftrag zur Umwidmung des Teilstückes der Warschauer Straße zum Hort Kunterbunt und zur Pestalozzischule in eine Spielstraße  
*Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Forum 17.4*
  - 6.12. Erklärung der Greifswalder Bürgerschaft „Bürgerschaft bekennt sich zum Theater Vorpommern“  
*Fraktionen: DIE LINKE, B90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4, SPD, CDU, BG-FDP, Herr Dr. Rose*
  - 6.13. Überarbeitung der Sportförderrichtlinie und Satzung zur Nutzung kommunaler Sportstätten  
*CDU-Fraktion, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4, interfraktionell angestrebt*
  - 6.14. Richtlinie zur Förderung junger Familien durch Gewährung von Preisnachlässen beim Erwerb unbebauter städtischer Wohnbaugrundstücke innerhalb von Bebauungsgebieten  
*CDU-Fraktion*
  - 6.15. Förderung junger Familien durch die Gewährung von Preisnachlässen bei Grundstückskäufen  
*SPD-Fraktion*

- 6.16. Elektronische Parktickets  
*Herr Nikolaus Kramer (AfD)*
- 6.17. Änderungsbeschluss zum Beschluss B439-16/16, Abschnittsbildung, Kostenspaltung und Klassifizierung für die Abrechnung der Straßenbaumaßnahme von Straßen im Ortsteil Ladebow, Bereich Flugplatzsiedlung nach der Straßenbaubeitragsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald  
*Herr Bernd Lieschefsky, Vorsitzender der OTV Wieck/Ladebow*
- 6.18. Verpflichtung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, aller bürgerschaftlichen Gremien, der Vertreter der Stadt sowie der städtischen Gesellschaften, in welchen die UHGW eine bestimmende Gesellschafterstellung mit mehr als 50% der Gesellschaftsanteile inne hat, zur weiteren Verwendung der Bezeichnung „Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald“ in offiziellen Verlautbarungen sowie der Kommunikation  
*CDU-Fraktion, Herr Multhauf, interfraktionell angestrebt*
7. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
8. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft
9. Mitteilungen der Präsidentin
10. Schluss der Sitzung

**TOP 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit****Die Präsidentin der Bürgerschaft**

- . eröffnet die Sitzung.
- . stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.
- . fragt, ob sich jemand gegen die Bild- und Tonaufnahmen der anwesenden Presse ausspreche.

Das ist nicht der Fall.

- . sagt, dass im Mai 2018 Herr Günter Blunk, ein ehemaliges Mitglied der Bürgerschaft, verstorben sei.

. fasst zusammen, in welchen Gremien Herr Blunk für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald aktiv gewesen sei:

06.05.1990 – 30.07.2001 Mitglied der Bürgerschaft

05.05.1993 – 13.07.1994 Mitglied im Finanzausschuss

24.09.1996 – 13.09.1999 Mitglied im Bildungsausschuss

19.10.1999 – 15.10.2003 Mitglied der Ortsteilvertretung Eldena

- . bittet die Anwesenden, sich zu einer Schweigeminute zu erheben.

**TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung**

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

**Herr Multhauf**

- . beantragt, TOP 6.18 vorzuziehen und nach TOP 4 zu behandeln.

**Frau Socher**

- . schlägt als Kompromiss vor, diese Beschlussvorlage vor TOP 6.1 zu ziehen.
- . informiert über eine nachträgliche Vorlage „Besetzung Aufsichtsrat WVG mbH“.
- . erklärt, dass die Vorlage notwendig sei, damit der Aufsichtsrat in der nächsten Sitzung vollständig besetzt sei.
- . lässt über darüber abstimmen, ob TOP 6.18 vor TOP 6.1 behandelt werden sollte:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	1	wenige

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt darüber abstimmen, ob die nachträgliche Vorlage auf die Tagesordnung gesetzt werden soll:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	1

Die Vorlage wird unter TOP 6.19 eingeordnet.

Frau Socher lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	1

**TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 12.04.2018**

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

*Herr König nimmt an der Sitzung der Bürgerschaft teil.*

Frau Socher lässt über die Niederschrift abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	einige

#### TOP 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

##### **Frau Kagel**

. fordert die Bürgerschaft auf, die nicht verbrauchten Gelder der Erwin-Fischer-Schule für die Innenausstattung der Schule, speziell für die digitalen Tafeln, zu verwenden. Zum jetzigen Zeitpunkt seien 14 Räumlichkeiten damit versehen. Um alle Unterrichtsräume damit ausstatten zu können, würden zusätzlich ca. 170 TEUR benötigt werden. Wenn das Geld in diesem Jahr für andere Projekte gebraucht werde, fordere sie die Bürgerschaft dazu auf, die finanziellen Mittel im nächsten Haushaltsjahr für die digitalen Tafeln einzustellen.

##### **Der Oberbürgermeister**

. stellt klar, dass es völlig unstrittig sei, dass alle Klassenräume mit digitalen Tafeln ausgestattet werden. Im Projektlenkungsausschuss am 22.06.2018 sei darüber diskutiert worden, welche der zwei Varianten in der Schule eingerichtet werde: Beamersysteme oder Displaytafeln. Die Displaytafeln seien die modernere Variante, die prinzipiell angestrebt werde, jedoch kostenintensiver sei. Der Projektlenkungsausschuss habe sich darauf geeinigt, dass die Entscheidung dann falle, wenn die Kostenhöhe und eine Gegenüberstellung der Anschaffungs- und Betriebskosten vorlägen. Nicht vorgesehen sei derzeit, dass alle Nebenräume mit digitalen Tafeln ausgestattet werden. Der Projektlenkungsausschuss sei sich diesbezüglich einig gewesen.

##### **Herr König**

. berichtet, dass sich in der vergangenen Woche auch die Landesregierung auf einer Klausurtagung mit der Digitalisierung beschäftigt habe. Hierzu sei auch ein Strategiepapier veröffentlicht worden. Darin sei enthalten, dass 70 Mio. EUR in den kommenden Jahren für die digitale Infrastruktur an den Schulen verwendet werden solle.

. würde es ärgerlich finden, wenn nun mehr in die Erwin-Fischer-Schule investiert werde und damit die Förderungen nicht in Anspruch genommen werden würden.

. wünscht sich, dass die Verwaltung kritisch prüfe, ob es günstiger sei, jetzt die günstigeren Tafeln anzuschaffen und dann abzuwarten, welche Forderungen das Land für diese Förderung aufstelle.

##### **Frau Kalhorn**

. geht auf die Einrichtung eines Kinder- und Jugendbeirates ein.

. berichtet, dass es interessierte Jugendliche gebe, die sich gern dafür engagieren würden.

##### **Der Oberbürgermeister**

. sagt, dass die Einführung eines Kinder- und Jugendbeirates auf einen Beschluss der Bürgerschaft zurückgehe, an dem derzeit noch gearbeitet werde. Es solle jedoch vermieden werden, dass dieser eingerichtet werde ohne auf Interesse zu stoßen. Daher gebe es derzeit eine Onlinebefragung. Nach der Auswertung werde man sich die weitere Vorgehensweise überlegen.

Auf Nachfrage von **Herrn Prof. Dr. Hardtke** antwortet **Frau Socher**, dass der Beschluss im Februar 2017 gefasst worden sei.

#### **Der Oberbürgermeister**

. stellt klar, dass im Vorfeld Gespräche mit dem Stadtjugendring, den Vereinen und den Schülervertretungen geführt worden seien und intensive Prüfungen durchgeführt werden. Daraufhin sei die Onlinebefragung eingerichtet worden. Außerdem habe der nicht beschlossene Haushalt Anfang 2017 zu Verzögerungen beigetragen.

### **TOP 5. Beschlusskontrolle**

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

#### **Herr Multhauf**

. regt an, auf den Beschlusskontrolllisten zu vermerken, wann Redaktionsschluss gewesen sei.  
. möchte, dass in Zukunft eine Person unter diesem TOP die aktuellen Stände mitteile.

#### **Der Oberbürgermeister**

. antwortet, dass die Entstehung der Beschlusskontrolle ein längerer Prozess sei. Es gebe einen Redaktionsschluss für die einzelnen Fachämter. Danach würden den Dezernenten die Beschlusskontrolllisten vorgelegt. Zum Schluss überprüfe der Oberbürgermeister das Endergebnis. Demzufolge gebe es keinen einheitlichen Redaktionsschluss. Aber spätestens in der nächsten Sitzung der Bürgerschaft würden die Mitglieder die aktualisierte Version erhalten.  
Auch der Bericht in der Sitzung sei nicht umsetzbar, da dann jedes Mal sämtliche Amts- und Eigenbetriebsleiter anwesend sein müssten. Der Versatz von zwei bis drei Wochen müsse daher hingenommen werden. Auf konkrete Fragen jedoch, könne gern eine Antwort gegeben werden.

#### **Herr Kramer**

. stellt den Geschäftsordnungsantrag, wieder zur Tagesordnung zurückzukommen.

*Herr Burmeister nimmt an der Sitzung der Bürgerschaft teil.*

Frau Socher lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	wenige	wenige

#### **Herr Multhauf**

. geht auf den Beschluss B702-27/18 (Überplanmäßige Auszahlung aufgrund des Ketscherinbaches) ein.  
In der Liste stünde, dass das Abwasserwerk noch keinen spezifischen Antrag auf Auszahlung des Zuschusses gestellt habe.

#### **Frau Teetz**

. informiert, dass der Beschluss dazu gedient habe, dass das Abwasserwerk den Auftrag erteilen könne. Dazu habe es folgende Voraussetzungen gegeben:

1. Die Stadt müsse das Geld zur Verfügung stellen.
2. Der Nachtrag müsse genehmigt werden.
3. Man müsse eine Genehmigung des Ministeriums für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern zu den Verpflichtungsermächtigungen erhalten.

Die Auftragserteilung habe nun erfolgen können, was ohne den Beschluss nicht möglich gewesen sei.

**TOP 6. Beratung der Beschlussvorlagen**

- TOP 6.18.** Verpflichtung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, aller bürgerschaftlichen Gremien, der Vertreter der Stadt sowie der städtischen Gesellschaften, in welchen die UHGW eine bestimmende Gesellschafterstellung mit mehr als 50% der Gesellschaftsanteile inne hat, zur weiteren Verwendung der Bezeichnung „Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald“ in offiziellen Verlautbarungen sowie der Kommunikation
- 06/1441  
B718-27/18

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

**Herr Hochschild**

. bringt die Beschlussvorlage ein.

**Frau Heinrich**

. berichtet, dass es in ihrer Fraktion unterschiedliche Auffassungen bezüglich der Vorlage gebe.

. wirbt dafür, die Entscheidung der Universität hinzunehmen. Dies würde dem Frieden in der Stadt dienen.

. betont, dass sie jeden achte, der für seine Interessen sachlich kämpfe. Jedoch werde in dieser Diskussion nur unnötig Öl ins Feuer gegossen. Man müsse für wichtigere Themen gemeinsam einstehen.

**Herr König**

. könne nicht nachvollziehen, dass durch diese Vorlage legitime Sprachgebräuche verboten werden sollen.

**Herr Dr. Kerath**

. sagt, dass die SPD-Fraktion dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen werde. Der Senat der Universität habe, in einer von ihnen zu respektierenden Entscheidung, der Universität einen Namen gegeben. Dieser Name sei daher auch zu gebrauchen.

**Herr Multhauf**

. kritisiert, dass die Universität nicht im Vorfeld mit der Greifswalder Bürgerschaft darüber gesprochen habe.

. berichtet, dass eine Volksinitiative gestartet worden sei, um dieses Anliegen dem Landtag vorzulegen.

**Frau Socher**

. ruft Herrn Multhauf aufgrund seiner Ausdrucksweise zur Ordnung.

**Herr Multhauf** informiert, dass

. bereits ca. 900 Unterschriften eingesammelt worden seien. Das Ziel sei es, bis zum 26.12.2018 die notwendigen 15.000 Unterschriften zusammen zu haben.

. auch die Mitarbeiter der Universität die Erlaubnis hätten, den Namen „Ernst-Moritz-Arndt-Universität“ weiterhin zu benutzen.

. ein Schreiben des Vorstandes der Ernst-Moritz-Arndt-Gesellschaft von Rügen eingegangen sei, welches er gern allen Mitgliedern der Bürgerschaft zur Verfügung stellen werde.

**Frau Socher**

. bittet Herrn Multhauf nachdrücklich, bestimmte Ausdrücke zu unterlassen.

**Herr Multhauf**

. bittet, als Einbringer ergänzt zu werden.

. schlägt der CDU-Fraktion einen Antrag auf namentliche Abstimmung vor.

**Herr Madjarov**

. erinnert an die Verlesung der namentlichen Abstimmung auf dem Markt.  
. weist darauf hin, dass dieser Antrag ziemlich weit gehe, da allen städtischen Mitarbeitern vorgeschrieben werde, wie sie im Dienst zu sprechen haben. Die Universität hätte außerdem festgelegt, dass im Rechtsverkehr nur ein Name zulässig sei. Daher könne es zu erheblichen Schwierigkeiten kommen, wenn die Stadt im Rechtsverkehr mit der Universität den falschen Namen verwende.

**Frau Socher**

. sagt, dass sie Herrn Hochschild vor einigen Tagen gefragt hätte, wie er sich die Umsetzung des Punktes 2 vorstelle.  
. betont, dass die Mitglieder der Bürgerschaft als Politiker dazu aufgerufen seien, auszugleichen und Kompromisse zu finden.

**Herr Hochschild**

. stellt klar, dass die Beschlüsse der Bürgerschaft durch die Präsidentin der Bürgerschaft umgesetzt und begleitet werden müssen.  
. macht darauf aufmerksam, dass die Diskussion und die Spaltung nicht durch die CDU-Fraktion ins Leben gerufen worden sei.

**Frau Socher**

. widerspricht und sagt, dass die Beschlüsse der Bürgerschaft durch die Verwaltung umgesetzt werden.

**Herr Dr. Steffens**

. macht deutlich, dass es darum gehe, dass zum Beispiel im Schriftverkehr von einem Ausschuss der Name „Ernst-Moritz-Arndt-Universität“ verwendet werde. Es gehe nicht um den mündlichen Sprachgebrauch.  
Frau Socher solle auch nicht jeden Brief kontrollieren. Aber wenn sie jedoch feststelle, dass der Beschluss nicht umgesetzt werde, müsse sie eingreifen.

**Frau Dr. Wölk**

. hält es für wichtiger, zu überlegen, wie, gemeinsam mit der Universität, Projekte umgesetzt werden können, die für die Stadt einen Mehrwert haben.  
Die Universität habe einen guten Kompromiss gefunden.

**Frau Dr. Schwenke**

. sagt, dass es für sie persönlich immer die Ernst-Moritz-Arndt-Universität bleiben werde. Dennoch akzeptiere sie die Entscheidung des Senates. Es gebe daher auch nur eine richtige Bezeichnung im Rechtsverkehr.  
. wird gegen diese Beschlussvorlage stimmen.

**Frau Heinrich**

. erinnert an die rechtliche Bewertung, um die im Ausschuss für Bildung, Universität und Wissenschaft gebeten worden sei.

**Frau Socher**

. teilt mit, dass der Oberbürgermeister im Hauptausschuss dieses Anliegen vorgetragen habe. Daraufhin sei darüber abgestimmt worden, ob im Vorfeld eine rechtliche Stellungnahme eingeholt werden solle. Der Hauptausschuss habe sich dagegen ausgesprochen.

**Herr Krüger**

. sagt, dass man demokratisch gefasste Beschlüsse respektieren solle. Außerdem gebe es in der Stadt wichtigere und dringendere Themen.  
. habe sich im Hauptausschuss nicht gegen die vorherige rechtliche Bewertung

ausgesprochen.

. fordert die Verwaltung nun auf, eine rechtliche Stellungnahme in dieser Sitzung darzulegen oder zumindest nach Beschlussfassung zu sagen, ob der Beschluss Rechtsgültigkeit habe oder nicht.

**Herr Hochschild**

. beantragt namentliche Abstimmung und erklärt, dass Herr Multhauf als Einbringer der Vorlage ergänzt werde.

**Frau Schlegel**

. erklärt, dass bisher keine rechtliche Prüfung durchgeführt worden sei. Die tatsächliche Beschlusslage müsse erst einmal von der Universität eingeholt werden, um dies zu prüfen. Aufgrund der geführten Diskussionen in dieser Sitzung gestalte es sich schwierig, eine rechtliche Stellungnahme abzugeben.

. kann jedoch bereits sagen, dass es Bedenken hinsichtlich der Bescheiderstellung gebe. Bei Verschicken von Bescheiden müsse der Adressat so bezeichnet werden, wie er im Rechtsverkehr zu benennen sei. Ansonsten laufe man Gefahr, dass die Bescheide verwaltungsgerichtlich nicht akzeptiert werden.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage namentlich abstimmen:

*„Die Bürgerschaft beschließt:*

1. *im offiziellen Schrift- und Sprachgebrauch der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wird die 1456 gegründete Greifswalder Universität auch zukünftig als „Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald“ bezeichnet, wobei die Abkürzung „EMAU“ ebenfalls weiter zulässig ist;*
2. *die Präsidentin der Bürgerschaft ist verpflichtet darauf hinzuwirken, dass alle bürgerschaftlichen Gremien den Beschluss unter Ziff. 1 umsetzen und sich daranhalten;*
3. *der Oberbürgermeister ist verpflichtet darauf hinzuwirken, dass alle Mitarbeiter der Stadtverwaltung, der Eigenbetriebe und der städtischen Gesellschaften, an welchen die Universitäts- und Hansestadt Greifswald bestimmenden Einfluss, also mehr als 50% der Gesellschaftsanteile inne hat, den Beschluss unter Ziff. 1 umsetzen und sich daranhalten.“*

Mitglieder der Bürgerschaft	JA	NEIN	ENTHALTUNG
Herr Ibrahim Al Najjar		X	
Frau Ulrike Berger		X	
Herr Dr. Ullrich Bittner		X	
Herr André Bleckmann		X	
Herr Ulf Burmeister			X
Frau Rita Duschek		X	
Herr Rudi Duschek		X	
Herr Frank Embach	X		
Frau Yvonne Görs		X	
Herr Professor Dr. Frank Hardtke	X		
Frau Marion Heinrich		X	
Herr Axel Hochschild	X		

Herr Heiko Jaap	X		
Herr Lutz Jesse	entschuldigt		
Herr Wolfgang Jochens	X		
Herr Dr. Jörn Kasbohm	nicht anwesend		
Herr Dr. Andreas Kerath		X	
Herr Jörg König		X	
Herr Nikolaus Kramer	X		
Herr Alexander Krüger		X	
Herr Christian Kruse	X		
Herr Thomas Lange		X	
Herr Jürgen Liedtke	X		
Herr Egbert Liskow	X		
Frau Karola Lüptow	X		
Herr Peter Madjarov		X	
Herr Dr. Thomas Meyer	X		
Herr Peter Multhauf	X		
Herr Thomas Mundt	X		
Herr Christoph Oberst		X	
Herr Dr. Sascha Ott	X		
Herr Milos Rodatos		X	
Herr Dr. Ulrich Rose		X	
Frau Dr. Mignon Schwenke		X	
Frau Birgit Socher		X	
Herr Ludwig Spring			X
Herr Dr. Rainer Steffens	X		
Herr Professor Dr. Thomas Treig	X		
Herr Erik von Malottki	nicht anwesend		
Frau Brigitte Witt		X	
Frau Dr. Monique Wölk		X	
Frau Katja Wolter		X	

Herr Ingo Ziola	X		
-----------------	---	--	--

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
17	21	2

### TOP 6.1. Annahme von Spenden für die Kindertagesstätten, Hort und die Verwaltung des Eigenbetriebes

06/1409

B701-27/18

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Annahme von Sachspenden im Wert von 24.732,55 € vom „Förderverein Pommersche Heimat e.V.“ für die Kindertagesstätten, Horte und die Verwaltung des Eigenbetriebes „Hanse-Kinder“.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

### TOP 6.2. Überplanmäßige Auszahlung

06/1430

B702-27/18

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

**Herr Kremer**

. bringt die Beschlussvorlage ein.

**Herr Dr. Kerath**

. sagt, dass die SPD-Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen werde, da sonst der Dachausbau der Sporthalle der Caspar-David-Friedrich-Schule nicht gewährleistet sei.

. hält Unterrichtungen über solche finanziellen Auswirkungen im Vorfeld für notwendig.

. geht davon aus, dass wenn die notwendigen finanziellen Mittel für die Tafeln der Erwin-Fischer-Schule nicht im Haushaltsjahr 2018 zur Verfügung stehen, diese für 2019 eingestellt werden.

**Herr Multhauf**

. wird diese Beschlussvorlage ablehnen.

. kritisiert den Titel der Vorlage, da dieser nicht ausreichend über den Inhalt Aufschluss gebe.

Der Beschluss beinhalte, dass das Land Fördermittel zur Verfügung stelle.

. geht davon aus, dass die Bürgerschaft durch diesen Beschluss gegen ihren eigenen Beschluss verstoße, da auf Basis des ersten Beschlusses die Fördermittel in Höhe von 10,25 Mio. EUR zur Verfügung gestellt worden seien.

. moniert, dass im Vorfeld gesagt worden sei, dass die Kosten für das Dach/die Fassade den Erwartungen entsprächen. Nun stelle sich heraus, dass für die Maßnahme ca. 100 TEUR mehr ausgegeben worden seien, als geplant.

. könne nicht nachvollziehen, weshalb lediglich die Erwin-Fischer-Schule und die Pfarrer-Wachsmann-Straße den Kostenkalkulationen der Verwaltung entsprächen und alles andere weitaus kostenintensiver werde.

**Herr Dr. Meyer**

. geht auf einen Zeitungsartikel der OSTSEE-ZEITUNG ein, in dem darüber berichtet worden sei, dass die Sporthalle nicht für Volleyballspiele ausgelegt sei.

**Frau Socher**

. erklärt, dass im Wettkampfsport beim Volleyball nicht sechs gegen sechs Personen spielen würden, sondern drei gegen drei. Damit der Platz effektiv ausgenutzt werde, werde das Netz quer durch die Halle gespannt. Dieser spezielle Fall sei in dieser Halle nicht umsetzbar.

**Herr Kremer**

. sagt, dass er die Kostenstände der Einzelprojekte sowohl im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen als auch im Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung dargestellt habe. In beiden Sitzungen der Fachausschüsse habe er darauf hingewiesen, dass bei der Caspar-David-Friedrich-Sporthalle mit Kostensteigerungen zu rechnen sei und es im Zuge der weiteren Ausschreibungen zu einer außerplanmäßigen Ausgabe kommen werde. Die Halle sei nie als Volleyballhalle geplant worden. Sie sei als Ersatzhalle für die vorhandene Einfeldhalle vorgesehen. Man habe sich dann für eine Zweifeldhalle mit Zuschauertribüne entschieden, welche nicht als Volleyballhalle einsetzbar sei.

**Herr König**

. kritisiert das Prozedere in der Ortsteilvertretung Schönwalde I und Südstadt. Im Protokoll der letzten Sitzung stehe, dass es bezüglich dieser Vorlage großen Protest gegeben habe und Herr Multhauf diesen in die Gremien einbringen solle. Jedoch sei dazu kein Antrag gestellt worden oder eine Abstimmung erfolgt. Dies sei typisch für diese Ortsteilvertretung. Der Vorsitzende äußere seine Meinung und wenn keiner widerspreche, werde dies als Meinung der Ortsteilvertretung ausgelegt.

**Herr Liedtke**

. geht auf die Entscheidung zum Ketscherinbach ein und die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen.

**Herr Rodatos**

. fasst zusammen, dass sich alle dafür einsetzen werden, dass die Mittel für die Erwin-Fischer-Schule in den nächsten Haushalt eingestellt werden.  
. sagt, dass es üblich sei, dass Mittel, die aus Baumaßnahmen übrig geblieben seien, für andere Bauprojekte verwendet werden.  
Wichtig sei, dass die Sporthalle zu Ende gebaut werde und der Erwin-Fischer-Schule die bestmögliche Ausstattung zugesagt werde.

**Herr Multhauf**

. geht auf den Redebeitrag von Herrn König ein und sagt, dass die Formulierung im Protokoll auf den Ketscherinbach bezogen sei. Erst am nächsten Tag sei der Zeitung zu entnehmen gewesen, dass das Geld auch für die Sporthalle benötigt werde. Der Auftrag für ihn habe keinerlei Abstimmung benötigt, da er einstimmig befürwortet worden sei.

**Frau Socher**

. stellt noch einmal klar, dass kein Mitglied der Bürgerschaft wolle, dass das Versprechen an die Erwin-Fischer-Schule nicht eingehalten werde.

**Herr Maas**

. erklärt, dass für eine Maßnahme finanzielle Mittel eingeplant werden. Das Geld, was übrig bleibe, werde für andere Maßnahmen eingesetzt.  
. macht darauf aufmerksam, dass die derzeitigen Haushaltsanmeldungen über die finanziellen Möglichkeiten der Stadt hinausgingen.

*Herr von Malottki nimmt an der Sitzung der Bürgerschaft teil.*

**Herr Krüger**

. stellt klar, dass die Integrierte Gesamtschule "Erwin Fischer" Glück gehabt habe, da die Ausschreibungen so frühzeitig erfolgt seien und dadurch die Baumaßnahmen noch nicht so kostenintensiv gewesen seien.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft genehmigt gem. Hauptsatzung der UHGW sowie Dienstanweisung 20-8 die überplanmäßige Auszahlung von 500.000,- EUR für die Investitionsbaumaßnahme Neubau einer 2-Feld-Halle an der Caspar-David-Friedrich Schule.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	1	1

**TOP 6.3. 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 65 - Grimmer Straße - ;  
Änderungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss**

06/1400

B703-27/18 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es erklärt sich kein Mitglied der Bürgerschaft vom Mitwirkungsverbot gemäß § 24 Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalverfassung KV M-V) betroffen.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Änderungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 65 – Grimmer Straße – wie folgt:

1. Der Bebauungsplan Nr. 65 – Grimmer Straße – soll gemäß § 2 Absatz 1 und § 1 Absatz 8 i. V. m. § 13a Absatz 1 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in dem gekennzeichneten Bereich (Abgrenzung gemäß Plan Anlage 1) im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung geändert werden.  
Ziel ist es, die beabsichtigte Weiterentwicklung des KITA- Standortes an der Grimmer Straße planungsrechtlich vorzubereiten und zu sichern
2. Von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung gemäß § 3 Absatz 1 und § 4 Absatz 1 BauGB wird gemäß § 13a Absatz 2 Nr. 1 i.V.m. § 13 Absatz 2 Nr. 1 BauGB abgesehen.
3. Der Änderungsbeschluss ist gemäß § 2 Absatz 1 i.V.m. § 13a Absatz 3 BauGB ortsüblich bekanntzumachen.
4. Der Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 65 – Grimmer Straße – (Anlage 1) sowie dessen Begründung (Anlage 2) werden in den vorliegenden Fassungen gebilligt.
5. Der Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 65 – Grimmer Straße – (Anlage 1) sowie dessen Begründung (Anlage 2) sind gemäß § 13a Absatz 2 Nr. 1 i. V. m. § 13 Absatz 2 Nr. 2, Absatz 3 Satz 1 und § 3 Absatz 2 BauGB öffentlich auszulegen.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 13a Absatz 2 Nr. 1 i. V. m. § 13 Absatz 2 Nr. 3, Absatz 3 und § 4 Absatz 2 BauGB zu dem v. g. Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 65 – Grimmer Straße – einschließlich Begründung zu beteiligen.

Die öffentliche Auslegung des Entwurfs der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 65 – Grimmer Straße – und dessen Begründung ist ortsüblich bekanntzumachen.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
40	0	1

**TOP 6.4. Patenschaft für Korvette**

06/1319

B704-27/18 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

B704-27/18

**Herr Hochschild**

. bringt die Beschlussvorlage ein.

**Herr Multhauf**

. erklärt, weshalb sich die Fraktion DIE LINKE gegen diese Beschlussvorlage ausspreche.  
 . schlägt vor, einen ICE auf den Namen „Ernst Moritz Arndt“ zu taufen und die Bahn zu bitten, diesen auf der Strecke Binz-Greifswald-Bonn fahren zu lassen.

**Herr Krüger**

. sagt, dass die Benennung einer Korvette nach Greifswald die Soldatinnen/Soldaten nicht unterstütze. Die Verbundenheit mit den Streitkräften werde durch die Ansteckung einer gelben Schleife symbolisiert.

**Herr Dr. Kerath**

. sagt, dass die SPD-Fraktion der Vorlage nicht zustimmen werde.  
 . macht deutlich, dass es in der Stadt wichtigere Themen und Probleme gebe.  
 . weist darauf hin, dass es schon ein Schiff mit dem Namen gebe und es sogar das Greifswalder Wappen trage.

**Herr Dr. Rose**

. zeigt eine Broschüre, in der alle Schiffe aufgezählt seien, die bereits den Namen Greifswald tragen würden.  
 . wird die Beschlussvorlage ablehnen.

**Herr König**

. berichtet, dass man nie wisse, wie solch ein Schiff verändert werde. Das bedeute, dass nicht ganz klar sei, ob mit diesem Schiff immer Flüchtlinge gerettet werden oder ob dies auch mal schief gehen könne. Das Schiff könne möglicherweise in Auseinandersetzungen verwickelt werden oder im schlimmsten Fall sinken, sodass der Name dieser Stadt mit dem Tod von Soldaten verbunden sein würde.  
 . spricht sich dagegen aus.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister, sich beim Bundesministerium für Verteidigung und dem Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr aktiv für eine Patenschaft Greifswalds für eine der geplanten Korvetten der Klasse 130 der Bundesmarine einzusetzen. Eines dieser Schiffe soll im Zuge der Patenschaft den Namen Greifswald tragen.*

*Sollte dies nicht gelingen, wird der Oberbürgermeister beauftragt, sich für die Patenschaft Greifswalds für ein anderes zukünftiges Schiff der Bundesmarine einzusetzen, insbesondere eines der geplanten Minenjagdboote.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
16	22	3

**Herr Dr. Rose** gibt eine persönliche Erklärung ab:

Er habe bisher für seine Arbeit in der Bürgerschaft Zuspruch erhalten. In diesem Falle habe er jedoch auch – aufgrund des Zeitungsartikels zu der Diskussion im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Kultur bezüglich der Beschlussvorlage und der getätigten Unterstellungen – Zuspruch von vielen Menschen erhalten, bei denen er damit überhaupt nicht gerechnet habe.

**TOP 6.5. Liste der sanierungsbedürftigen und an Sportvereine verpachteten Sportstätten nebst einer Zeitliste über die Dringlichkeit der jeweiligen Maßnahmen**

06/1325  
 B705-27/18

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

**Herr Dr. Steffens**

. bringt die Beschlussvorlage ein.

**Frau Dr. Schwenke**

. hält den Antrag für überflüssig. Die Begehung der Sportstätten hätte vom 14. bis zum 17.05.2018 stattgefunden. Die Planer und Projektbearbeiter seien derzeit mit der Auswertung beschäftigt. Darin enthalten seien eine Bewertung, Vorschläge, eine Priorisierung der Sanierungen und eine Kosteneinschätzung. Ein erster Entwurf werde der Steuerungsgruppe vor der Sommerpause vorgelegt. Im Herbst 2018 würden die Workshops mit den Sportvereinen, Interessierten und Mitgliedern der Bürgerschaft beginnen. Bis zum Jahresende solle das Ergebnis der gesamten Sportentwicklungsplanung vorliegen. Dieser Fahrplan sei in der Steuerungsgruppe vereinbart worden.

Die Ausarbeitung sei nicht zu spät für die nächsten Haushaltsplanungen, da die Prioritätenliste der Sanierungen bis zum Sommer eingereicht werde.

. sagt, dass die Fraktion DIE LINKE den Antrag ablehnen werde.

**Herr Krüger**

. findet diese Beschlussvorlage ebenfalls obsolet. Wichtig sei es, nach der Festlegung der Prioritäten der Sanierungen die Haushaltsplanungen zu durchdenken und diese Mittel in den nächsten Haushalt einzustellen.

**Herr Al Najjar**

. betont, wie wichtig der Sport und die dazugehörigen Sportstätten für diese Stadt seien. Gemeinsam mit der Verwaltung und den Sportvereinen solle man den Handlungsbedarf mit einem geeigneten Verfahren ermitteln.

Die SPD-Fraktion lehne die Beschlussvorlage ab.

**Herr Multhauf**

. weist darauf hin, dass nicht alle Sportstätten in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald in einem maroden Zustand seien.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister, eine Liste für die Sanierung und Instandsetzung von Sportstätten und Liegenschaften, die durch Sportvereine von der Stadt gepachtet wurden, zu erstellen, inklusive eines Zeitplanes der Dringlichkeit der jeweiligen Umsetzung. Zusätzlich soll ausgewiesen werden, wie die Sportvereine in die Lage versetzt werden können, notwendige Eigenmittel aufzubringen, eventuell auch durch Zuschussung durch die Stadt. Der Bürgerschaft ist eine entsprechende Liste vorzulegen, welche dann die Priorität der der Umsetzung der Maßnahmen festsetzt. Zu den jeweiligen Maßnahmen sind Kostenschätzungen beizufügen.*

*Die geforderte Sanierungs- und Instandsetzungsliste, der Zeitplan und die zu erwartenden Kosten sind der Bürgerschaft spätestens nach der Sommerpause vorzulegen.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
18	23	0

**TOP 6.6. Empfehlungen an die Verwaltung für eine barrierefreie Stadt 2018**

06/1327.1 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

B706-27/18 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald nimmt die Empfehlungen der AG „Barrierefreie Stadt“ zur Kenntnis. Die Empfehlungen sind durch die Fachämter zu prüfen. Die Ergebnisse werden der AG „Barrierefreie Stadt“ mitgeteilt. Umsetzbare Empfehlungen sind in die Planung kommender Haushalte miteinzubeziehen. Eine schrittweise Umsetzung wird angestrebt.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

**TOP 6.7. Empfehlungen an die Verwaltung für eine barrierefreie Stadt für die Umsetzung ab 2019**

06/1328.1 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
B707-27/18 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald nimmt die Empfehlungen der AG „Barrierefreie Stadt“ zur Kenntnis. Die Empfehlungen sind durch die Fachämter zu prüfen. Die Ergebnisse werden der AG „Barrierefreie Stadt“ mitgeteilt. Umsetzbare Empfehlungen sind in die Planung kommender Haushalte miteinzubeziehen. Eine schrittweise Umsetzung wird angestrebt.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

*Herr Prof. Dr. Hardtke ist zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.*

Herr Jaap übernimmt die Sitzungsleitung.

**TOP 6.8. Crowdfunding zur Finanzierung von Anlagen zur Energieerzeugung oder -speicherung**

06/1346 Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
B708-27/18

**Herr König**

. bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Jaap lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Der Oberbürgermeister wird als Gesellschafter der Stadtwerke Greifswald GmbH beauftragt, zu prüfen, inwiefern Bürger/-innen an der Finanzierung von Anlagen zur Energieerzeugung oder -speicherung im Sinne eines Crowdfundings beteiligt werden können.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
24	13	4

*Herr Prof. Dr. Hardtke ist zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.*

**TOP 6.9. Strandbad Eldena**

06/1359.1 Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
B709-27/18

**Herr Dr. Kerath**

. bringt die Beschlussvorlage ein.

**Herr König**

. zitiert

- Art. 12 (2) der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern zum Umweltschutz.
- § 22 des Wassergesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (LWaG).
- § 27 (4) Gesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes (Naturschutzausführungsgesetz - NatSchAG M-V).

Diese Gesetze seien eindeutig.

**Der Oberbürgermeister**

. erklärt, dass eine Vorlage in den nächsten Gremienlauf eingebracht werde, die verschiedene Varianten zum Strandbad darlege.

**Frau Dr. Wölk**

. geht auf den sozialen Aspekt ein. Derzeit würden die Einnahmen des Strandbades für die Bezahlung des Kassenpersonals verwendet werden. Daher sei es überflüssig, Eintritt zu verlangen. Vielmehr solle man ein attraktives Strandbad errichten.

**Herr Burmeister**

. sagt, dass es bei einem Vergleich grundsätzlich mehrere Varianten geben müsse.  
 . schlägt vor, den Satz „Grundlage für den Variantenvergleich ist der kostenlose Eintritt ins Strandbad ab dem Jahr 2019.“ zu streichen

Herr Jaap lässt über den Änderungsantrag abstimmen:

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	20	20	1

Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Herr Jaap lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister eine vergleichende Darstellung hinsichtlich der Betreuung des Strandbades Eldena ab dem Jahr 2019 zu erstellen. Dabei soll insbesondere die Betreuung des Strandbades durch den Eigenbetrieb Seesportzentrum, die ABS Gemeinnützige Gesellschaft für Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung mbH, die Verwaltung selbst und einen fremden Dritten berücksichtigt werden. Grundlage für den Variantenvergleich ist der kostenlose Eintritt ins Strandbad ab dem Jahr 2019. Ferner soll im Vergleich der Varianten geprüft werden, inwieweit eine Ausschreibung notwendig ist.“*

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	20	20	1

Damit ist die Beschlussvorlage abgelehnt.

**TOP 6.10. Prüfauftrag Internet an Schulen**

06/1370.1 Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
 B710-27/18

**Frau Wolter**

. bringt die Beschlussvorlage ein.

**Herr von Malottki**

. befürwortet das Anliegen – auch im Namen des Ausschusses für Bildung, Universität und Wissenschaft.  
 . geht auf die zwei mit der Umsetzung der Beschlussvorlage verbundenen Probleme ein:
 

- Personal zur Betreuung der Technik
- Finanzierung

 . befürchtet, dass nach der Durchführung des Prüfauftrages nichts weiter unternommen werden.

**Herr Burmeister**

. erinnert daran, dass es sich hierbei um einen Prüfauftrag handele.

**Herr König**

. bittet die Verwaltung auch andere Varianten z. B. nicht symmetrische Leitungen oder welche mit geringerer Bandbreite zu prüfen.

**Herr Multhauf**

. beantragt, den Teilsatz „im aktuellen Doppelhaushalt 2017/2018.“ am Ende des letzten Absatzes zu streichen.

**Herr Dr. Bittner**

. hält die geforderte symmetrische 1-Gigabit-Anbindung für überdimensioniert und schlägt daher folgende Änderung für den ersten Absatz vor:

*1. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister zu prüfen, wie die Schulen mit schnellem Internet bis hin zu einer symmetrischen 1-Gigabit-Leitung ausgestattet werden können. Darzustellen sind die möglichen Varianten mit den jeweils einmaligen Investitionskosten, den monatlichen Gesamtkosten, Zeitdauer für eine mögliche Umsetzung und mögliche Deckungsquellen.*

*Herr Dr. Kasbohm nimmt an der Sitzung der Bürgerschaft teil.*

**Herr Dr. Steffens**

. stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Debatte und Abstimmung über die Beschlussvorlage.

Da es keine Gegenrede gibt, wird nicht über diesen Antrag abgestimmt und damit ist die Debatte beendet.

Die Änderung von Herrn Multhauf wird vom Einbringer übernommen.

Herr Jaap lässt über den Änderungsantrag von Herrn Dr. Bittner abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
15	21	2

Herr Jaap lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen:

*„1. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister zu prüfen, mit welchen Varianten die Schulen in der Stadt Greifswald mit einer symmetrischen 1-Gigabit Anbindung ausgestattet werden können. Darzustellen sind die möglichen Varianten mit den jeweils einmaligen Investitionskosten, den monatlichen Gesamtkosten, Zeitdauer für eine mögliche Umsetzung und mögliche Deckungsquellen.*

*2. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister zu prüfen, durch welche Maßnahmen die EDV-Betreuung der Schultechnik verbessert werden kann.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	1	0

**TOP 6.11. Prüfauftrag zur Umwidmung des Teilstückes der Warschauer Straße zum Hort Kunterbunt und zur Pestalozzischule in eine Spielstraße**

06/1379

B711-27/18

Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

**Herr Lange**

. erklärt, dass die Straße im ersten Bereich viele Parkmöglichkeiten biete, sodass ein Befahren der Straße bis zu den Schulen nicht notwendig sei. Das Problem sei jedoch, dass der zweite Bereich der Straße eine einspurige schmale Fahrbahn sei.

. findet, dass ein absolutes Halteverbot in dem Bereich angebracht sei und gelegentlich kontrolliert werden müsse, denn gleichzeitig sei diese Straße ein Rettungsweg.

**Herr Krüger**

. bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Jaap lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, folgende Möglichkeiten für das an dem Hort Kunterbunt und der Pestalozzi-Schule vorbeiführenden Teilstück der Warschauer Straße zu prüfen:*

1. *eine Umwidmung des Teilstückes in eine verkehrsberuhigte Zone (Spielstraße), (Zeichen 325.1 StVO, Spielstraße),*
2. *zusätzlich die Einrichtung eines absoluten Halteverbotes (Zeichen 283 StVO) auf dem Teilstück,*
3. *zusätzlich die Aufbringung von großflächigen Fahrbahnmarkierungen, die den Beginn und das Ende der verkehrsberuhigten Zone deutlich markieren.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	1	3

**TOP 6.12. Erklärung der Greifswalder Bürgerschaft „Bürgerschaft bekennt sich zum Theater Vorpommern“**

06/1405.1  
B712-27/18

Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

**Frau Heinrich**

. bringt die Beschlussvorlage ein.

**Der Oberbürgermeister**

. teilt mit, dass am 23.05.2018 ein Durchbruch erzielt worden und man sehr entscheidende Schritte vorangekommen sei. Ende des Jahres sei deutlich geworden, dass die Fusion nicht mehr von allen als der einzig mögliche Weg angesehen werde. Anfang April hätten sich die kommunalen Gesellschafter aller beteiligten Städte (Theater Vorpommern und TOG) mit der zuständigen Ministerin getroffen. Dieses Gesprächsergebnis sei Grundlage für das weitere Handeln.

Das Ergebnis laute, dass die Fusion vom Tisch sei und sie durch das Anfang April ausgehandelte Kooperationsmodell ersetzt werde. Die erste Vereinbarung sei, gemeinsame Maßnahmen im Wege der Kooperation auf den Feldern Verwaltung, Marketing und Co-Produktion zu suchen. Sie würden der Qualitätssteigerung dienen, könnten jedoch auch Kosteneinsparungen mit sich bringen.

Beide Gesellschaften (TOG und TVP) sollen in der Summe 30 Stellen bis 2025 abbauen. Es sei noch nicht festgelegt worden, wer welche Stellen trage. Man müsse sehr genau überlegen, welche Stellen dies betreffe, da die Qualität gehalten werden solle.

Der Gehaltsunterschied zwischen den Mitarbeitern der TOG und den Mitarbeitern der TVP werde aufgeholt. Dies werde vom Land finanziert.

Weiterhin sei vereinbart worden, dass Land und Kommunen die Zahlungen ab 2019 um jeweils 2 ½ Prozent pro Jahr erhöhen, um die normalen Tarifsteigerungen sicherzustellen.

Die 10 Mio. EUR Städtebaufördermittel zur Sanierung des Theaters, die ursprünglich an die Fusion geknüpft gewesen seien, seien dennoch gesichert.

Damit habe das Theater Vorpommern eine gesicherte Zukunft. Die Mitarbeiter/innen würden wissen, worauf sie sich einlassen. Das Theater könne endlich wieder längerfristige Planungen vornehmen, zur Ruhe kommen und nach vorne sehen.

**Frau Berger**

. kritisiert, dass diese Einigung zwischen den Gesellschaftervertretern und der Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern bereits Anfang April getroffen worden sei und die Verständigung zwischen dem Finanzminister, der Kultusministerin und der Ministerpräsidentin sieben Wochen angedauert habe. Diese sieben Wochen seien am Theater unerträglich gewesen.

Die Beschlussvorlage sei jedoch nach wie vor wichtig.

**Herr Prof. Dr. Hardtke**

. sagt, dass die Fraktion Kompetenz für Vorpommern die einzige Fraktion sei, die nicht Einbringer dieser Vorlage sei. Unter 3. werde bekundet, dass die Fraktionen den finanziellen Zuschuss stetig erhöhen würden.  
 . hält dies für einen Vorgriff auf die Haushaltsdiskussion und damit für unzulässig. Eigentlich müsste diese Beschlussfassung vom Oberbürgermeister beanstandet werden.  
 . findet es außerdem nicht richtig, zu sagen, dass das Theater die einzige kulturelle Einrichtung sei, die dauerhaft finanziell unterstützt werde. Man könne nur leisten, was man habe. Herr Maas habe bereits auf die Mängel im Haushalt hingewiesen.  
 . macht darauf aufmerksam, dass die Mitglieder der Bürgerschaft das Geld der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für alle Bürger verwalte.  
 Die Fraktion Kompetenz für Vorpommern sei nicht gegen das Theater. Aber möglicherweise müsse man sich damit anfreunden, dass man sich nicht den Standard leisten könne, den man in der Vergangenheit gehabt habe. Vielleicht müsse man auch gewisse Rückschritte machen.

**Herr Hochschild**

. geht auf Herrn Prof. Dr. Hardtkes Redebeitrag ein und weist darauf hin, dass dieser dauerhafte Zuschuss nur gewährleistet werde, wenn alle anderen Gesellschafter sich beteiligen.

**Herr Kramer**

. beantragt, dass der Beschlusstext von „die Fraktionen“ auf „die Fraktionen und fraktionslosen Mitglieder“ geändert werde.

Es wird sich darauf geeinigt „die Fraktionen“ in „die Bürgerschaft“ zu ändern.

**Frau Berger**

. beantragt namentliche Abstimmung

Herr Jaap lässt über die Beschlussvorlage namentlich abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt bekennt sich zum Theater Vorpommern und fordert eine Zukunft für das Theater Vorpommern unter folgenden Rahmenbedingungen:*

1. *Greifswald braucht das Theater Vorpommern mit Schauspiel, Musiktheater, Orchester und Ballett und die Region braucht dieses Theater an allen drei Standorten Stralsund, Greifswald und Putbus.*
2. *Die Region hat mit der Fusion zum Theater Vorpommern und auch noch danach bereits große Einsparungen in ihrer Theaterlandschaft akzeptieren müssen. Auch die Theater-Mitarbeiter haben mit ihrem langjährigen Lohnverzicht (Haustarif) einen erheblichen Beitrag geleistet.*

*Daher gilt nun:*

3. *Die Bürgerschaft bekundet ihren erklärten Willen, den finanziellen Zuschuss der kommunalen Gesellschafter dauerhaft und steigend zu erhöhen, um eine Anpassung der Löhne und Gehälter der Mitarbeiter der Theater Vorpommern GmbH an den Flächentarifvertrag zu erzielen. Die Erklärung steht unter dem Vorbehalt, dass auch durch die weiteren Gesellschafter der Theater Vorpommern GmbH, die Hansestadt Stralsund und den Landkreis Vorpommern-Rügen eine prozentual gleich hohe Steigerung der Zuschüsse erfolgt. Die Fraktionen werden sich bei der Haushaltsaufstellung für die Erhöhung der Zuschüsse einsetzen.*
4. *Die Erklärung unter Ziffer 3. steht weiter unter dem Vorbehalt, dass auch das Land Mecklenburg-Vorpommern seinen Zuschuss an die Theater Vorpommern GmbH erhöht. Da die Bürgerschaft die finanzielle Verantwortung des Landes Mecklenburg-Vorpommern aus dessen Verantwortung für die Förderung der Kultur (Art. 16 der Landesverfassung M-V) höher gewichtet, wird von diesem erwartet, dass dieses seinen Zuschuss prozentual mehr erhöht als die Gesellschafter.*
5. *Sollte es doch noch zu einer Fusion zwischen der Theater Vorpommern GmbH und der Theater- und Orchester GmbH (TOG) Neubrandenburg / Neustrelitz unter Beteiligung des Landes Mecklenburg-Vorpommern kommen (müssen), gelten die Vorbehalte unter Ziff. 3. und 4. natürlich*

*dahingehend, dass auch die Gesellschafter der TOG erhöhte Zuschüsse erbringen müssen.“*

Mitglieder der Bürgerschaft	JA	NEIN	ENTHALTUNG
Herr Ibrahim Al Najjar	X		
Frau Ulrike Berger	X		
Herr Dr. Ullrich Bittner	X		
Herr André Bleckmann		X	
Herr Ulf Burmeister	X		
Frau Rita Duschek	X		
Herr Rudi Duschek	X		
Herr Frank Embach		X	
Frau Yvonne Görs	X		
Herr Professor Dr. Frank Hardtke		X	
Frau Marion Heinrich	X		
Herr Axel Hochschild	X		
Herr Heiko Jaap		X	
Herr Lutz Jesse	entschuldigt		
Herr Wolfgang Jochens	X		
Herr Dr. Jörn Kasbohm	X		
Herr Dr. Andreas Kerath	X		
Herr Jörg König	X		
Herr Nikolaus Kramer	X		
Herr Alexander Krüger	X		
Herr Christian Kruse	X		
Herr Thomas Lange	X		
Herr Jürgen Liedtke	X		
Herr Egbert Liskow	X		
Frau Karola Lüptow	X		
Herr Peter Madjarov	X		
Herr Dr. Thomas Meyer	X		
Herr Peter Multhauf	X		

Herr Thomas Mundt	X		
Herr Christoph Oberst	X		
Herr Dr. Sascha Ott	X		
Herr Milos Rodatos	X		
Herr Dr. Ulrich Rose	X		
Frau Dr. Mignon Schwenke	X		
Frau Birgit Socher	X		
Herr Ludwig Spring	X		
Herr Dr. Rainer Steffens	X		
Herr Professor Dr. Thomas Treig		X	
Herr Erik von Malottki	X		
Frau Brigitte Witt	X		
Frau Dr. Monique Wölk	X		
Frau Katja Wolter		X	
Herr Ingo Ziola	X		

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
36	6	0

**TOP 6.13. Überarbeitung der Sportförderrichtlinie und Satzung zur Nutzung kommunaler Sportstätten**

06/1415.1  
B713-27/18

Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

**Herr Dr. Steffens**

. bringt die Beschlussvorlage ein.

**Der Oberbürgermeister**

. informiert über den aktuellen Bearbeitungsstand der Sportförderrichtlinie.  
Es habe erste Gespräche mit dem Stadtsportbund gegeben. Derzeit würde eine Abfrage aller Vereine laufen. Im September werde den Gremien ein Vorschlag vorgelegt.

**Frau Dr. Schwenke**

. sagt, dass auch der Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend an der Sportförderrichtlinie arbeite.  
. teilt mit, dass die Fraktion DIE LINKE für den nächsten Sitzungszyklus eine Vorlage erarbeitet habe, in der Schwerpunkte für Veränderungen in der Sportförderrichtlinie festgelegt worden seien.  
. beantragt daher, diese Beschlussvorlage in die Fachausschüsse (Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen und Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend) zurückzuverweisen.

**Herr Krüger**

. hält eine Gegenrede.

Herr Jaap lässt über den Antrag auf Zurückverweisung abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
14	21	5

Herr Bleckmann war zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

Herr Jaap lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

1. Die kommunale Sportförderrichtlinie und die Satzung zur Nutzung kommunaler Sportstätten überarbeiten zu lassen und beide Dokumente der Bürgerschaft bis spätestens zum Jahresende zur Beschlussfassung vorzulegen.
2. Umgehend die Satzung zur Nutzung der kommunalen Sportstätten wie folgt anzupassen:
  - a) Erweiterung der Liste in §3 Abs.2, Gruppe B um den Punkt „im Hochschulsport organisierte Sportgruppen der Universität Greifswald“
  - b) Die Gebühren für die NutzerInnen der Kategorie C dahingehend zu ändern, dass die durch die Nutzung entstehenden Kosten zu 100 % umgelegt werden.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	9	5

Herr König und Herr Bleckmann waren zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

**TOP 6.14. Richtlinie zur Förderung junger Familien durch Gewährung von Preisnachlässen beim Erwerb unbebauter städtischer Wohnbaugrundstücke innerhalb von Bebauungsgebieten**

06/1416

B714-27/18

**Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft**

. ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
 . schlägt vor, dass TOP 6.14 und TOP 6.15 eingebracht werden und dann die Aussprache zu beiden Themen erfolge.

Eine Einbringung des TOPs 6.14 erfolgt nicht.

**Frau Dr. Wölk**

. bringt TOP 6.15 ein.

**Herr Prof. Dr. Hardtke**

. sagt, dass die Fraktion Kompetenz für Vorpommern beide Vorlagen ablehnen werde. Die ursprüngliche Richtlinie sei 2001 eingeführt worden. Dies sei vor dem Hintergrund erfolgt, dass die demografische Entwicklung in Greifswald deutlich zurückgegangen sei. Dadurch sei auch gerechtfertigt gewesen, dass durch die Richtlinie den anderen Bürgern Geld weggenommen werde. Denn, wenn auf Einnahmen verzichtet werde, erfolge dies zu Lasten aller anderen Bürger. Man habe das übergeordnete Ziel verfolgt, das Wachstum in Greifswald zu stärken. Dies komme auch allen anderen Greifswaldern zu Gute. Diese Situation gebe es heute jedoch nicht mehr. Aus diesem Grund sei auch 2015 beschlossen worden, die Förderrichtlinie zum 31.12.2016 auslaufen zu lassen. Eine Wiedereinführung sei daher nicht gerechtfertigt. Mit welcher Begründung solle erklärt werden, weshalb zu Lasten des Haushaltes auf Einnahmen verzichtet werde, die an anderer Stelle dringend benötigt werden würden.

**Frau Heinrich**

. erklärt, dass auch ihre Fraktion sich beiden Vorlagen nicht anschließen könne, da das Geld so schon nicht für Schulen und Kindertagesstätten ausreiche. Die Fraktion sei

immer dafür, junge Familien und Kinder zu unterstützen, aber in diesem Fall handele es sich eher um einen Mitnahmeeffekt. Daher müsse man priorisieren, wofür man Geld zur Verfügung stelle.

#### Herr von Malottki

. geht auf den Redebeitrag von Herrn Prof. Dr. Hardtke ein, wieso man eine solche Förderrichtlinie zu diesem Zeitpunkt beschließen solle: Es gebe zunehmend steigende Mieten – bis auf die Wohnungen der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald – und steigende Baulandpreise. Nun stelle sich die Frage, ob die jungen Eltern dies zahlen würden. Die Bürgerschaft habe mit dem Maßnahmenplan gesagt, dass die steigenden Mieten eingedämmt werden sollen und jungen Familien die Möglichkeit gegeben werden solle, den Traum vom Eigenheim zu erfüllen.

Die SPD-Fraktion wolle nicht mit den Einnahmen von jungen Familien die Probleme im Haushalt bewältigen, sondern man müsse überlegen, wie die Einnahmen anders beschafft werden könnten.

Man solle darauf achten, dass es auch für junge Familien weiterhin möglich sei, ein Eigenheim in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zu schaffen.

#### Herr Dr. Meyer

. stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Abstimmung beider Vorlagen.

Es gibt keine Gegenrede.

Herr Jaap lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft beschließt die*

*„Richtlinie zur Förderung junger Familien durch Gewährung von Preisnachlässen beim Erwerb städtischer, unbebauter Wohnbaugrundstücke innerhalb von Bebauungsgebieten“. Die Satzung ist in der Anlage eingefügt.“*

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	12	29	0

#### TOP 6.15. Förderung junger Familien durch die Gewährung von Preisnachlässen bei Grundstückskäufen

06/1417

B715-27/18

Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Die Diskussion ist zusammen mit TOP 6.15 erfolgt.

Herr Jaap lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Richtlinie zur Förderung junger Familien durch Gewährung von Preisnachlässen beim Grundstückskauf in der Fassung des Bürgerschaftsbeschlusses vom 16. November 2015 (B 264-09/15) zum nächstmöglichen Zeitpunkt wieder in Kraft zu setzen.“*

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	8	mehrheitlich	2

#### TOP 6.16. Elektronische Parktickets

06/1429

B716-27/18

Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

#### Herr Kramer

. bringt die Beschlussvorlage ein.

**Herr Dr. Fassbinder**

. sagt, dass dies bereits in der Verwaltung in Bearbeitung sei und 2019 umgesetzt werde.

Auf Nachfrage von **Herrn Kramer** sagt **Frau Schlegel**, dass die Einführung elektronischer Parktickets für 2017/18 geplant worden sei. Aus personellen Gründen sei man jedoch bisher nicht zur Umsetzung gekommen. Anfang Juni werde mit der „Pilotphase“ – der Umstellung auf ein neues Programm – begonnen. Die Erfassungsgeräte würden erst in den Haushalt 2019 eingestellt werden. Das Online-Parkticket an sich solle jedoch jetzt schon anlaufen.

Herr Jaap lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Einführung eines Online-Systems zur papierfreien Bearbeitung von Falschparkern zu prüfen.“*

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	14	21	7

**TOP 6.17. Änderungsbeschluss zum Beschluss B439-16/16, Abschnittsbildung, Kostenspaltung und Klassifizierung für die Abrechnung der Straßenbaumaßnahme von Straßen im Ortsteil Ladebow, Bereich Flugplatzsiedlung nach der Straßenbaubeitragssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald**  
 06/1435  
 B717-27/18

Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

**Herr Kruse**

. bringt die Beschlussvorlage ein.

**Frau von Busse**

. sagt, dass eine Teilung nach Abschnitten nicht beliebig vorgenommen werden könne, sondern dies an örtlichen Gegebenheiten festgemacht werden müsse. Dies seien beispielsweise Einmündungen oder Straßenkreuzungen. Man habe versucht, alle Wünsche der Anwohner zu berücksichtigen. Nun bleibe eine Eigentümergeinschaft übrig, die in einem Bereich liege, der sich rechtlich nicht rausnehmen lasse, und die partout nicht zahlen wollen.

Herr Jaap lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt für den Straßenausbau im Ortsteil Ladebow – Bereich Flugplatzsiedlung – den Bürgerschaftsbeschlusses Nr.: B439-16/16 vom 10.11.2016*

**„Beschluss zur Abschnittsbildung, Kostenspaltung und Klassifizierung für die Abrechnung der Straßenbaumaßnahme von Straßen im Ortsteil Ladebow, Bereich Flugplatzsiedlung nach der Straßenbaubeitragssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“**

*dahingehend zu ändern, den Bereich Clara-Zetkin-Str. 2 aus dem Abschnitt herauszunehmen. Der neu zu bildende Abschnitt beginnt somit ab dem Grundstück Clara-Zetkin-Str. 3 und geht bis zum Grundstück Clara-Zetkin-Str. 6. Die anderen Abschnitte im Bereich der FPS Ladebow bleiben von der Änderung unberührt und sollen wie geplant ausgebaut werden.“*

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	9	mehrheitlich	9

**TOP 6.18. Verpflichtung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, aller bürgerschaftlichen Gremien, der Vertreter der Stadt sowie der städtischen Gesellschaften, in welchen die UHW eine bestimmende Gesellschafterstellung mit mehr als 50% der Gesellschaftsanteile inne hat, zur weiteren Verwendung der Bezeichnung „Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald“ in offiziellen Verlautbarungen sowie der Kommunikation**  
 06/1441  
 B718-27/18

Diese Vorlage wurde bereits am Anfang der Sitzung behandelt. (siehe Seite 4)

**TOP 6.19 Besetzung Aufsichtsrat WVG mbH**

06/1472 Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
 B719-27/18 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.  
 Herr Jaap lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Herr **Alexander Krüger** wird anstelle von Herrn Milos Rodatos, der sein Mandat niedergelegt hat, als Mitglied für den Aufsichtsrat der WVG benannt. Er ist durch die Gesellschafterversammlung als Aufsichtsratsmitglied zu bestellen“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	3

**Herr Dr. Steffens**

. stellt einen Geschäftsordnungsantrag nach § 9 (3) i) Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald auf Unterbrechung des öffentlichen Teils der Sitzung. Die Erfahrung zeige, dass für die nachfolgenden TOPs immer sehr viel Zeit benötigt werde. Daher solle erst der nichtöffentliche Teil behandelt werden und im Nachhinein die restlichen Punkte des öffentlichen Teils.

**Herr Dr. Rose**

. spricht formal dagegen.

Herr Jaap lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
22	18	2

Damit wird der öffentliche Teil der Sitzung um 22:18 Uhr unterbrochen und der nichtöffentliche Teil eröffnet.

Herr Jaap setzt um 22:19 Uhr die Sitzung des öffentlichen Teils fort.

*Mehrere Mitglieder der Bürgerschaft haben während bzw. nach dem nichtöffentlichen Teil die Sitzung der Bürgerschaft verlassen.*

**TOP 7. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt**

Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

**Der Oberbürgermeister** teilt mit, dass

- . der öffentliche Kita-Gipfel am 20.06.2018 stattfinden werde. Zu diesem Zeitpunkt sollen überarbeitete Zahlen und Maßnahmen vorgelegt werden. Einladungen werden noch verschickt.
- . das Richtfest der Erwin-Fischer-Schule am 05.07.2018, um 11:30 Uhr, stattfinden werde.

**Frau von Busse**

- . informiert über die weitere Vorgehensweise zum Stadtarchiv. Mit dem Projektleitungsausschuss und den Planern sei das weitere Vorgehen beraten worden, nachdem das zweite Mal bei der Ausschreibung des Rohbauloses, ein deutlich höherer Preis angeboten, als kalkuliert worden sei. Parallel sei ein Antrag beim Ministerium auf Erhöhung der Fördermittel gestellt worden. Für den Rohbaulosanteil gebe es bereits eine Zusage, dass die Fördermittel erhöht werden. Es sei nun entschieden worden, dass das Rohbaulos mit dem erhöhten Preis in Auftrag gegeben werde. Alle übrigen ausstehenden Lose würden über die Sommerpause ausgeschrieben werden, damit zum Herbst die abschließenden Ergebnisse vorliegen werden. Man werde sich noch einmal an das Ministerium wenden, ob man für den übrigen Teil ebenfalls die Erhöhung der Fördermittel bekommen könne.

**TOP 8. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft**

Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

**Herr Dr. Rose**

- . regt an, beim nächsten erweiterten Präsidium über das Abstimmungsverhalten der heutigen Sitzung zu sprechen. Der nichtöffentliche Teil sei vorgezogen worden und die Personen, die dafür gesorgt hätten, hätten bereits mitten im nichtöffentlichen Teil die Sitzung verlassen.
- . befürchtet, dass eine Priorisierung von Teilen der Bürgerschaft stattfinde, die man so nicht beibehalten solle.
- . sagt, dass er auf die Kleine Anfrage vom 07.03.2018 bezüglich der Lastenfahräder die Antwort erhalten habe, dass in der 11. KW der Projektstart eines Cargobike-EU-Projekt erfolgen solle.
- . möchte wissen, ob dieses Projekt gestartet sei, wie der derzeitige Stand sei und mit welchem Erfolg gerechnet werden könne.

**Präsidentin der Bürgerschaft**

- . stellt klar, dass das Präsidium nicht festlegen könne, dass die Mitglieder der Bürgerschaft bis zum Ende an der Sitzung teilzunehmen haben. Wenn die Mitglieder für sich feststellen, dass sie nicht mehr können und die Sitzung verlassen wollen, sei es ihnen freigestellt zu gehen.
- . kritisiert jedoch, dass beim Verlassen der Sitzung durch die Mitglieder keine Abmeldung bei der Kanzlei der Bürgerschaft erfolge.

**Herr Dr. Kerath**

- . sagt, dass die Baumaßnahme in der Pfarrer-Wachsmann-Straße laut Pressemitteilung vollständig aus Städtebaufördermitteln bezahlt werde.
- . fragt, ob dies bedeute, dass die Anwohner keine Beitragsbescheide bekommen hätten. Und wenn sie keine bekommen haben, wieso würden die Anwohner im Trelleborger Weg welche erhalten? Wie werde es in der Martin-Luther-Straße sein?

**Frau von Busse**

- . sagt, dass es richtig sei, dass die Anwohner der Pfarrer-Wachsmann-Straße und der Martin-Luther-Straße keine Beitragsbescheide erhalten würden, da es sich bei dem einen Gebiet um ein Sanierungsgebiet und beim anderen um ein Fördergebiet handele.

Beim Sanierungsgebiet gebe es den sanierungsbedingten Endwert, der erhoben werde und beim Fördergebiet würden Beiträge erhoben werden.

**Frau Heinrich**

. findet es verwirrend, dass sie nicht in Vertretung des Fraktionsvorsitzenden – der aus dienstlichen Gründen abwesend gewesen sei – den angemeldeten Redebeitrag wahrnehmen durfte.

. bittet daher, um eine rechtliche Prüfung.

**Herr Jaap**

. antwortet, dass er der Meinung sei, dass die Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald diesbezüglich ziemlich eindeutig sei.

. zitiert aus der Geschäftsordnung. Redner seien Menschen, demzufolge natürliche Personen. Wenn der Redner nicht anwesend sei, könne man diesen nicht ersetzen.

**Herr Kruse**

. fragt, ob FPx5 an dem anderen Standort eine öffentliche Toilette ins Gebäude integriere.

**Der Oberbürgermeister**

. antwortet, dass entschieden worden sei, dem Investor von FPx5 nicht vorzuschreiben, eine öffentliche Toilette zu errichten, da der Standort zu weit entfernt sei.

**Herr Dr. Bittner**

. möchte wissen, in welcher Größenordnung die einmalige Zuwendung an das Theater, um die Tarife anzupassen, erfolge. Ab wann werde der angepasste Tarif in Greifswald gezahlt?

. fragt nach dem Stand bezüglich der Standortverlegung von zwei Vereinen auf der vorgesehenen Fläche des Grundschulneubaus.

**Frau von Busse**

. antwortet, dass für die beiden Vereine noch keine endgültige Lösung gefunden worden sei. In der Verwaltung sei man derzeit noch in der Abstimmung, eine geeignete Fläche zu finden, an der auch die entsprechenden baulichen Anlagen möglich seien.

**Der Oberbürgermeister**

. sagt, dass die Details bezüglich des Theaters in den nächsten Wochen noch geklärt werden. Man habe sich bisher auf die Grundsätze verständigt.

**Herr Multhauf**

. zitiert einen Auszug von Seite 5 des Verwaltungsberichtes bezüglich der Erneuerung des Kunstrasenplatzes im Dubnaring.

. kritisiert, dass die Ortsteilvertretung Schönwalde I und Südstadt nicht in das gesamte Verfahren einbezogen worden sei.

. bittet den Oberbürgermeister, dafür zu sorgen, bevor weitere Schritte unternommen werden, dass diese Beschlussvorlage in der Ortsteilvertretung Schönwalde I und Südstadt behandelt werde.

**TOP 9.**

**Mitteilungen der Präsidentin**

Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

**Frau Socher**

. berichtet von einer Rücksprache mit Herrn Schröder bezüglich eines Bürgerschaftsbeschlusses zum 250. Geburtstag von Ernst Moritz Arndt. Die historische Kommission habe sich gemeinsam mit den Kollegen der Universität darauf geeinigt, dass zwei Abendveranstaltungen, Vorträge und eine Exkursion anlässlich des

Geburtstages von Ernst Moritz Arndt angeboten werden sollen.

**TOP 10. Schluss der Sitzung**

Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft beendet die Sitzung der Bürgerschaft um 22:32 Uhr.

für das Protokoll

Birgit Socher  
Präsidentin  
für TOP 1- TOP 6.7

Sarah Wiesenberg  
Sachbearbeiterin  
Sitzungsdienst  
Bürgerschaft

Heiko Jaap  
1. Vizepräsident  
für TOP 6.8 – TOP 10

**Anlagen:**

- Informationen über Hauptausschussbeschlüsse